



**SPD-Unterbezirk Unna**  
Unterbezirksparteitag Oktober 2022

# **Anträge zum Unterbezirksparteitag**



## Satzungsmäßige Verankerung der Doppelspitze

Bisherige Fassung	Neufassung
<p><b>§ 11 Unterbezirksvorstand</b></p> <p>1. Der Unterbezirksvorstand leitet den Unterbezirk. Ihm gehören mit Stimmrecht an:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a. die/der Vorsitzende;</li><li>b. die drei stellvertretenden Vorsitzenden;</li><li>c. die /der Schatzmeisterin/Schatzmeister;</li><li>d. die/der Europabeauftragte;</li><li>e. die/der Bildungsbeauftragte;</li><li>f. die/der Mitgliederbeauftragte;</li><li>g. die/der Beauftragte für Arbeitnehmerfragen;</li><li>h. die Frauenbeauftragte;</li><li>i. die/der Beauftragte für die Belange der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten;</li><li>j. die/der Seniorenbeauftragte;</li><li>k. zehn Beisitzerinnen und Beisitzer.</li></ul> <p>Unter den Mitgliedern des Unterbezirksvorstandes müssen Männer und Frauen mindestens zu 40 % vertreten sein.</p>	<p><b>§ 11 Unterbezirksvorstand</b></p> <p>1. Der Unterbezirksvorstand leitet den Unterbezirk. Ihm gehören mit Stimmrecht an:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a. der/dem Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon eine Frau,</li><li>b. die drei stellvertretenden Vorsitzenden;</li><li>c. die /der Schatzmeisterin/Schatzmeister;</li><li>d. die/der Europabeauftragte;</li><li>e. die/der Bildungsbeauftragte;</li><li>f. die/der Mitgliederbeauftragte;</li><li>g. die/der Beauftragte für Arbeitnehmerfragen;</li><li>h. die Frauenbeauftragte;</li><li>i. die/der Beauftragte für die Belange der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten;</li><li>j. die/der Seniorenbeauftragte;</li><li>k. zehn Beisitzerinnen und Beisitzer.</li></ul> <p>Der Unterbezirksparteitag beschließt mit einfacher Mehrheit, ob eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender, oder aber zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau, gewählt werden sollen. Die Regelungen in den Statuten, die den/die Vorsitzende/n betreffen, gelten für die beiden Vorsitzenden entsprechend.</p> <p>Unter den Mitgliedern des Unterbezirksvorstandes müssen Männer und Frauen mindestens zu 40 % vertreten sein.</p>



## Öffentliche Auftragsvergabe an tarifgebundene Betriebe

Adressaten: UB-Vorstand, Kreistags- und Ratsfraktionen der Kommunen  
SPD-Landtagsfraktion NRW, Landesparteitag der NRWSPD

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Öffentliche Aufträge sollen zukünftig nicht mehr an Betriebe vergeben werden, die die Tarifbindung unterlaufen.

Der Kreis Unna und die Kommunen im Kreisgebiet sollen zukünftig bei Ausschreibungen ausschließlich Unternehmen berücksichtigen, die ihre Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband mit Tarifbindung nachgewiesen haben. Der Kreis und die Kommunen sollen Verzeichnisse über Betriebe mit Tarifbindung führen.

### **Begründung:**

Auftraggeber, die nicht tarifgebunden sind, schaden der Gesellschaft und belasten durch niedrige Löhne und schlechte (prekäre) Arbeitsbedingungen die Kommunen.

Nicht tarifgebundene Betriebe verdrängen im Wettbewerb durch Unterbieten Betriebe mit Tarifbindung. Diese Strategie funktioniert, weil diese Betriebe aufgrund fehlender Tarifbindung und aufgrund vergleichsweise schlechterer Arbeitsbedingungen ihre Beschäftigten mit Niedriglöhnen ausbeuten.

Sozialdemokraten wollen unterbinden, dass die Zahl der Beschäftigten mit Tarifbindung sinkt und verhindern, dass die Anzahl der Beschäftigten in prekären (atypischen) Beschäftigungsverhältnissen steigt. Prekäre Beschäftigung spaltet unsere Gesellschaft, ist Ursache für sinkende Einkommen, zunehmende Armut und steigende Soziallasten, die die öffentlichen Haushalte belasten.

Dazu schreibt der NRW DGB in seinem Wahlauf Ruf zur Bundestagswahl vom 2.9.2021: „Wir brauchen eine Stärkung von Tarifbindung und Mitbestimmung, damit gute Arbeit und faire Löhne für alle Arbeitnehmer\*innen umgesetzt werden.“

**Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW**, erklärt: „Weiter so ist keine Lösung. Wir wollen eine Politik, die Arbeitsplätze sichert, unsere Sozialsysteme stärkt und die Krisenkosten gerecht verteilt. Wir wollen Sicherheit im Wandel. Daher ist unser Motto: ECHT GERECHT!“

Zitat aus der gemeinsamen Pressemitteilung  
von WHKT, Kolping NRW und DGB NRW (PM - 10.06.2021)

„Tarifbindung im Handwerk: Schlüssel zur Nachwuchs- und Fachkräftesicherung“

**Anja Weber, Vorsitzende DGB NRW:**

---

42 „Für uns Gewerkschaften ist klar: Wir müssen Gute Arbeit im Handwerk realisieren. Nur  
43 dann ist das Handwerk zukunftsfähig. Wenn der Wettbewerb nur über die Löhne ausgetra-  
44 gen wird, verlieren alle – die Beschäftigten und die Handwerksunternehmen. Von der Poli-  
45 tik erwarten wir, dass sie ihren Beitrag leistet. Die Vergabe öffentlicher Aufträge sollte an  
46 tarifliche Standards gebunden werden. Die Möglichkeit, Tarifverträge allgemeinverbindlich  
47 erklären zu lassen, muss offensiver angewendet und erleichtert werden. Dazu braucht es  
48 aber auch Tarifverträge und die gibt es im Handwerk immer weniger. Hier sind die Innun-  
49 gen gefordert, den Hebel umzulegen und ihren gesetzlichen Auftrag anzunehmen, Tarifver-  
50 träge abzuschließen.

---



## **SPD-Unterbezirk Unna**

Unterbezirksparteitag Oktober 2022

Antragssteller: SPD-Stadtverband

Schwerte, AsF Schwerte

Antrag: 3

1 Die AsF in der Schwerte SPD fordert den Unterbezirk auf, gemeinsam mit den Ortsvereinen  
2 und der AsF eine Strategie zu erarbeiten, wie in allen Wahlbezirken für die Kommunalwahl  
3 eine ausreichende Anzahl von Frauen aufgestellt werden können. Die AsF schlägt vor, dass  
4 geprüft wird, wie sich die SPD im Kreis Unna am Mentoring-Programm der SPD beteiligen  
5 kann.

### **Begründung:**

6  
7  
8 Für den kommenden Kommunalwahlkampf sollte die SPD im Kreis Unna intensiv damit ge-  
9 worben, jede 2. Kandidatur mit einer Frau besetzt zu haben. Angesichts der Tatsache, dass  
10 es in der Vergangenheit in einigen Regionen schwierig war, geeignete Frauen zu finden und  
11 schon einige der heutigen Ratsfrauen angekündigt haben, bei der nächsten Kommunal-  
12 wahl nicht mehr zur Verfügung zu stehen, ist es erforderlich schon jetzt eine entspre-  
13 chende Strategie zu entwickeln.



## **Prüfauftrag zur Harmonisierung und Steigerung der Mobilität im Kreis Unna**

### **Antrag:**

- a) Prüfung einer zielgerichteten Harmonisierung des Linienverkehrs der VKU, um kreisweit eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr (MIV) bieten zu können.
- b) Ein besonderes Augenmerk soll, im Zuge der Harmonisierung, auf die Attraktivierung der Nachtbuslinien gelegt werden, speziell die Abdeckung der nächtlichen Randzeiten.
- c) Zusätzlich soll anknüpfend zu a) eine effizientere Abstimmung des Linienverkehrs der VKU auf die Anbindungspunkte (Bahnhöfe/Haltestellen) an den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im Kreisgebiet geprüft werden.
- d) Notwendige Ergänzungen des derzeitigen Linienverkehrs der VKU, die sich aus a), b) und c) ergeben, sollen ebenfalls geprüft werden, um den Kreis Unna, bezogen auf den ÖPNV, vollumfänglich zu vernetzen.
- e) Zur Realisierung von a), b), c) und d) sollen alternative Betriebsmodelle (z.B. on demand Verkehr u.w.) und die Finanzierung für eine Pilotphase über Fördermittel geprüft werden.
- f) Anschließend an die Prüfung zur vollumfänglichen Vernetzung des ÖPNV im Kreis Unna, sollen durch umfangreiche Werbemaßnahmen, kreisweit, alle Bürgerinnen und Bürger über das harmonisierte ÖPNV-Angebot der VKU informiert werden.

### **Begründung:**

Die Jusos Kreis Unna sehen in einem harmonisierten und kreisweit flächendeckenden ÖPNV nicht nur eine attraktive Alternative zum MIV, sondern einen wichtigen/ unbedingt notwendigen Beitrag zum Gelingen der Verkehrswende und der Erreichung der proklamierten Klimaziele der Bundesregierung. Harmonisierung bedeutet für die Jusos im Kreis Unna, eine verbesserte kreisweite und überregionale Anbindung – gerade für die Randgebiete des Kreises. Die Optimierung der Wartezeiten ist dabei unabdingbar, um eine alltagstaugliche und gewinnbringende Alternative zum MIV sicherzustellen. Gerade in den Abendstunden sind junge Menschen zur Entwicklung ihrer Autonomie, der Steigerung ihrer elternunabhängigen Mobilität oder auch der Überwindung von sozialen Ungleichheiten auf einen attraktiven ÖPNV angewiesen. Durch ihr junges Lebensalter sind sie unterschiedlichsten Mobilitärestriktionen, wie dem fehlenden Besitz eines eigenen Führerscheins, eines Autos, eines Fahrservices durch die Eltern oder dem Wunsch nach klimaoptimierter Fortbewegung unterworfen. Neue Betriebsmodelle, wie z.B. der on demand Verkehr, bilden für den ÖPNV der Zukunft einen wichtigen Bestandteil, da diese nicht statisch und linear organisiert sind, sondern auf die Bedürfnisse ihrer Nutzerinnen und Nutzer abgestimmt werden können. Durch virtuelle Haltestellen werden beispielsweise eine große Anzahl an Start- und

---

41 Zielpunkten ermöglicht. Ein Blick über den eigenen Tellerrand hinaus, wie auf das Schwes-  
42 terunternehmen RVM, können gute best practice Beispiele liefern, da dort bereits zwei on  
43 demand Angebote im Regelbetrieb angeboten werden. Für das Gelingen eines solchen Pro-  
44 jektes ist eine umfassende und zielgerichtet Werbe- und Informationskampagne, ggf. un-  
45 terstützt durch externe fachliche Expertise, unverzichtbar, da selbst das beste ÖPNV-Netz  
46 nicht zum Tragen kommt, wenn die Nutzerinnen und Nutzer nicht über das Angebot Be-  
47 scheid wissen.

---



## **Strukturwandel aktiv gestalten**

Adressaten: SPD-Unterbezirksvorstand, SPD Kreistagsfraktion Kreis Unna  
SPD-Landtagsfraktion NRW, Landesparteitag der NRWSPD

Die SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der Landrat und die Kreistagsfraktion stärken die industrielle Struktur im Kreis Unna. Die AfA unterstützt diese Aktivitäten ausdrücklich, weil sie vorrangig Projekte zur Ansiedlung von Industriebetrieben in den wachstumsstarken Zukunftsmärkten des Energie- und Umweltsektors betreffen.

Dabei sollen die Kriterien Guter Arbeit berücksichtigt werden.

Begründung:

Weil die Bundesregierung die Ziele des Klimaschutzplanes nicht ohne zusätzliche Maßnahmen erreichen kann, wurde u. a. der Ausstieg aus der Kohleverstromung beschlossen. Im Kreis Unna werden insgesamt vier Steinkohlenkraftwerke stillgelegt. Davon betroffen sind ca. 1.100 Beschäftigte.

Wir werden diesen tiefgreifenden Strukturwandel im Kreis Unna aktiv gestalten, indem wir Industriebetriebe in den wachstumsstarken Zukunftsindustrien des Energie- und Umweltsektors (sogenannte GreenTech Märkte) ansiedeln.

Die von der Bundesregierung eingesetzte „Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (KWSB) hat als wesentliche Ziele die Schaffung neuer industrieller Arbeitsplätze und den Aufbau neuer industrieller Wertschöpfung formuliert.

Für uns ist klar, dass wir unsere Energieversorgung umstellen müssen. Der Wegfall konventioneller Kraftwerke und ein zukünftig steigender Strombedarf bieten Zukunftschancen, wenn an alten Kraftwerksstandorten in neue Industriestrukturen investiert wird.

Durch diese Investitionen erreichen wir unterschiedliche Ziele:

- Wir leisten einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende.
- Wir stärken die industriellen Grundlagen unserer Wirtschaft
- Wir schaffen zukunftsgerichtete, tariflich bezahlte Arbeits- und Ausbildungsplätze
- Wir stärken Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung.

Die Ansiedlung von Industriebetrieben in wachstumsstarken Zukunftsmärkten soll unterstützt werden durch eine enge Zusammenarbeit mit zu gründenden Forschungszentren und mit den Universitäten der Region. Wir wollen Unternehmen ansiedeln, in denen neue Energie- und Umwelttechnologien zur Marktreife entwickelt werden.

Jungen Ingenieuren wollen wir Wege in die Selbstständigkeit ebnen, indem wir ihnen an den Industriestandorten ein Umfeld bieten, in dem sie mit Unterstützung ansässiger Betriebe und Hochschulen (Inkubatoren) Startups gründen und aufbauen können.



---

Passend dazu wollen wir Forschungseinrichtungen ansiedeln, die den Wissenstransfer sicherstellen, indem sie mit Industriebetrieben des Energie- und Umweltsektors und mit den nordrhein-westfälischen Hochschulen innovative Verfahren für die Produktion in einer kohlenstoffarmen Wirtschaft entwickeln.

Unsere Energieversorgung wird neu strukturiert:

In heutigen Strukturen wird Energie erzeugt, wenn sie benötigt wird. Im Zeitalter regenerativer Energieversorgung funktioniert das nur, wenn die erzeugte Energie direkt genutzt wird oder gespeichert werden kann.

Dazu entwickeln wir zwei wesentliche Technologien: Zum einen erfolgt ein massiver Ausbau der Elektromobilität auf der Basis von batteriegetriebenen Fahrzeugen mit der dazu gehörigen Infrastruktur, zum anderen wird ein massiver Ausbau der Brennstoffzellentechnologie erfolgen.

Wasserstoff ist nahezu unbegrenzt vorhanden, es ist das häufigste Element im Universum. Er kann sowohl aus fossilen als auch erneuerbaren Energien hergestellt werden, ist transportier- und speicherbar und somit ideal, um schwankende Lasten aus Wind- oder Sonnenkraft auszugleichen.

Wasserstoff wird eingesetzt als transportabler Energieträger, als Puffer und Energiespeicher, als Brennstoff zum Heizen oder Kraftstoff für Pkw und Nutzfahrzeuge. In industriellen Anwendungen kommt er bereits seit mehr als 100 Jahren zum Einsatz.

Eine andere sehr wichtige Energiequelle ist die Energieeinsparung. Der Markt für Energieeffizienz ist einer der wichtigsten Zukunftsmärkte, weil durch vielfältige technische Innovationen ein Großteil des Energiebedarfs eingespart werden kann.

Das führt dazu, dass die Leitmärkte für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz in den kommenden Jahren überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten ausweisen.

Die industrielle Struktur sorgt für eine im Vergleich überdurchschnittlich hohe Wertschöpfung und fördert indirekt die Ansiedlung und das Wachstum weiterer Betriebe.

## Wachstumsraten Marktvolumen und Beschäftigte

### Umweltechnik und Ressourceneffizienz

Leitmarkt	Marktvolumen 2020	Zuwachs p. a. - 2030	Zuwachs p. a. - 2025
		Marktvolumen	Beschäftigte
Energieeffizienz	117 Mrd. €	8,6 %	8,7 %
Umweltfreundliche Energie- erzeugung, Speicherung u. Verteilung	40 Mrd. €	11,7 %	7,1 %
Nachhaltige Mobilität	91 Mrd. €	7,9 %	7,9 %
Rohstoff- u. Materialeffizienz	78 Mrd. €	7,1 %	7,2 %
Kreislaufwirtschaft	24 Mrd. €	5,9 %	4,5 %

Quelle: Bundesumweltministerium, GreenTech-Atlas 2021

AfA im SPD Unterbezirk Unna

AA

1. BMWi: Wasserstoffstrategie der Bundesregierung, Handelsblatt 16.2.2020, Bundesumweltministerin Schulze will den schnellen Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft
2. Vattenfall: Wasserstofftechnologie <https://group.vattenfall.com/de/zukunft/wasserstofftechnologie>

73  
74  
75  
76  
77  
78



**Gründung der Arbeitsgemeinschaft (AG)  
Migration und Vielfalt auf Unterbezirks-  
ebene**

Antrag: Der Unterbezirksparteitag beauftragt den SPD Unterbezirksvorstand Unna eine AG Migration und Vielfalt auf Unterbezirksebene zu gründen.

Begründung: Die AG Migration und Vielfalt der SPD ist auf Bundesebene im Jahr 2013 gegründet worden, um gezielt Genoss\*innen mit Einwanderungsgeschichte anzusprechen. Im Kreis Unna haben mehr als 30 Prozent der Einwohner\*innen eine Einwanderungsgeschichte, also ein ausgesprochen hoher Anteil an Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Angesichts dieser Tatsache erscheint es notwendig, dass es innerhalb der SPD auf Unterbezirksebene eine Anlaufstelle in Form der AG Migration und Vielfalt für diese gesellschaftliche Gruppe gibt. Der AG Migration und Vielfalt gehören Mitglieder der SPD gleichermaßen mit und ohne Migrationshintergrund an, die sich praktisch oder theoretisch mit Fragen der Migration und eines vielfältigen Zusammenlebens beschäftigen oder an diesen Themen ein besonderes Interesse haben. Die AG trägt dazu bei, die Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu fördern, Impulse zur Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Politik für Vielfalt und Teilhabe zu geben. Sie tritt dabei in einen Dialog mit Migrantenverbänden sowie Vertreter\*innen aus Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften, Wissenschaft, Wirtschaft und den Gewerkschaften und möchte Menschen mit einer Migrationsgeschichte für sozialdemokratische Politik gewinnen.

Weiterhin ergibt sich durch die Gründung einer AG Migration und Vielfalt auf Unterbezirksebene die Möglichkeit, Delegierte für Landes- und Bundeskonferenzen zu wählen und somit an der inhaltlichen und personellen Gestaltung der AG MuV auf Landes- und Bundesebene mitzuwirken.



## **Gründung eines digitalen Distrikts Dockland**

### **Antrag:**

Der SPD-Unterbezirksparteitag beauftragt den SPD-Unterbezirksvorstand, im SPD-Unterbezirksbüro einen digitalen Distrikt „Dockland“ anzusiedeln.

### **Begründung:**

Dockland ist ein digitaler Distrikt der SPD im Hamburger Stadtteil Altona, der im Jahr 2016 gegründet wurde. Dieser Distrikt ist gleichzeitig ein Kollektiv, in dem Menschen mit und ohne Parteibuch gemeinsam Politik machen. Dadurch können auch Menschen ohne Parteizugehörigkeit für Politik begeistert werden. Der Distrikt steht für moderne politische Partizipation, für offene und digitale politische Formate und für das Wissen darüber, wie man politisch was bewegen kann. Dockland soll ein Ort zum Andocken sein, eine digitale Schnittstelle zwischen der SPD und allen, die Interesse daran haben sich politisch zu engagieren. Weiterhin bietet ein digitaler Distrikt den Vorteil, dass im Falle einer Verschärfung der Corona-Krise eine feste Anlaufstelle für politisch Interessierte vorhanden wäre. Dockland soll im Unterbezirk Unna ein ergänzendes Angebot für die Parteiarbeit sein. Weitere Informationen zum digitalen Distrikt der SPD in Hamburg Altona sind abrufbar unter: <https://www.dockland-hamburg.org>.

---



## **Digitalisierung bürgerfreundlich und arbeitnehmerorientiert gestalten**

Adressaten: Mandatsträger der SPD im Kreis Unna

Dier SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die Digitalisierung ist eine Chance für die Zukunft, sie muss jedoch bürgerfreundlich und arbeitnehmerorientiert vorangetrieben werden. In den nächsten Jahren werden im Kreistag und in den Stadträten eine Vielzahl von Entscheidungen mit engem Bezug zur Digitalisierung getroffen werden müssen. Wir werden als Sozialdemokraten dabei den Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Vordergrund stellen.

Daher fordern wir alle Mandatsträger der SPD im Kreis Unna auf, bei den vielfältigen Entscheidungen und bei der Umsetzung von Beschlüssen im Sinne einer bürgerfreundlichen und arbeitnehmerorientierten Gestaltung zu handeln. Für die AfA ist die Einhaltung von Mitbestimmung und Tarifbindung unabdingbar, insbesondere die Wahrung der Arbeitnehmerschutzrechte in der digitalen Arbeitswelt.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften veröffentlichen regelmäßig ihre Positionen zu verschiedenen Einzelfragen der Digitalisierung in der Arbeitswelt. Die Mandatsträger der SPD finden dort gute Entscheidungshilfen, die sie in Ihren Beschlüssen berücksichtigen sollen.

### **Begründung:**

Im Jahr 2019 hat der Kreistag Unna einen Digitalen Masterplan für den Kreis Unna beschlossen. Er dient als Digitalisierungsstrategie für die Kreisverwaltung in den kommenden Jahren, zunächst für den Zeitraum 2019 – 2022.

Hier werden u. a. folgende Handlungsfelder beschrieben:

- Einfacher und sicherer Zugang der Bürger/innen und Unternehmen über ein digitales Portal zu allen Verwaltungsdienstleistungen
- Errichten einer E-Government-Agentur, die schneller als bisher für alle föderalen Ebenen Standards und Pilotlösungen entwickelt
- Flächendeckende digitale Ausstattung aller Schulen, damit Schüler/innen in allen Fächern digitale Lernumgebungen nutzen können
- Schaffung einer nationalen Bildungsplattform

- 
- Förderung und Erleichterung der mobilen Arbeit. Schaffung eines rechtlichen Rahmens dafür, indem Rechte und Pflichten von Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen geschaffen werden, die die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten sicherstellen.

Für den Kreis Unna hat eine Arbeitsgruppe „E-Government“ auf Initiative der Bürgermeisterkonferenz ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen der Kommunen bei der Einführung und Umsetzung von E-Government-Projekten vorbereitet, um ggf. Synergieeffekte nutzbar zu machen.

Digitale Bildung von Mitarbeiter/innen bedeutet neben technischen Fertigkeiten auch, digitale

Medien kompetent und reflektiert nutzen zu können und ist eine Schlüsselqualifikation für die Teilhabe an der modernen Gesellschaft.

Ein grundlegender Faktor für die erfolgreiche Umsetzung von E-Government-Projekten ist deren Akzeptanz durch die Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung Unna.

Aus Sicht der AfA sollen die Mandatsträger der SPD in ihrem Handeln vor allem die Interessen der Arbeitnehmer/innen berücksichtigen:

Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung werden infolge der Digitalisierung bis 2035 ca. 1,5 Millionen Arbeitsplätze wegfallen und etwa ebenso viel neue Arbeitsplätze entstehen.

Soziale Smart City mit hohen Standards für Gute Arbeit

Für diese neue entstehenden Arbeitsplätze streben wir eine hohe Qualität an. Die AfA fordert die sozialdemokratischen Mandatsträger auf, im Zuge der Gestaltung einer sozialen Smart City hohe Standards für Gute Arbeit in der digitalen Arbeitswelt einzuführen.

Die politisch notwendige Gestaltung der Digitalisierung kann nur unter Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertreter/innen erfolgreich erfolgen.

Nur durch Ihre Fachkompetenz wird es gelingen, klare Spielregeln für Digitales Arbeiten zu vereinbaren.

Eine soziale „Smart City“ entwickelt Kriterien für ihre Infrastrukturen und die zugrundeliegenden Algorithmen. Diese Kriterien dürfen nicht auf Rationalisierung, also auf den Wegfall von Arbeitsplätzen, auf Arbeitsintensivierung und -verdichtung sowie auf Leistungskontrollen zielen.

Vielmehr soll Arbeit im Sinne der Beschäftigten flexibler gestaltet werden. Vor allem Büro-tätigkeiten lassen sich durch Vernetzung dezentral organisieren, Home-Office wird selbstverständlich. Langweilige oder körperlich schwere Arbeit kann von Maschinen übernommen werden.

In der sozialen „Smart City“ arbeiten Maschinen und digitale Plattformen für den Menschen, nicht umgekehrt!

---

---

83  
84 Wir wollen eine arbeitnehmerfreundliche Plattformökonomie  
85 Wir wollen verhindern, dass eine Plattformökonomie mit schlechten Arbeitsbedingungen  
86 entsteht, bei der „Crowdworker“ in schlecht bezahlten Jobs ohne Arbeitnehmerstatus und  
87 ohne die zugehörigen Arbeitnehmerschutzrechte arbeiten, während die Plattformbetreiber  
88 ohne Risiken mitverdienen, indem sie den Großteil des erarbeiteten Mehrwertes abschöpfen.  
89  
90 Neue Technologien, flexiblere Strukturen und mobiles Arbeiten können Stress erhöhen  
91 und bergen Gesundheitsrisiken. Eine starke Mitbestimmung und ein rechtlicher Rahmen  
92 bieten den Beschäftigten Schutz.  
93  
94 Beschäftigten-Datenschutzgesetz  
95 Wir wollen durch ein Beschäftigten-Datenschutzgesetz sicherstellen, dass digitale Arbeits-  
96 prozesse nicht die Rechte der Beschäftigten einschränken.  
97  
98 Der Arbeitnehmerdatenschutz ist in Deutschland nicht übersichtlich in einem eigenen Ar-  
99 beitnehmerdatenschutzgesetz geregelt, auch wenn dies verfassungs- und europarechtlich  
100 an sich gefordert wäre. Vielmehr ergeben sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen aus  
101 der Anwendung des allgemeinen Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und einer Reihe be-  
102 reichsspezifischer Vorschriften.  
103  
104 Seit über 30 Jahren fordern Datenschützer und Gewerkschaften genau das: ein eigenes Ar-  
105 beitnehmerdatenschutzgesetz. Die DGB-Justiziarer haben das erneut unterstrichen. Das  
106 Ziel: Datenschutz aus einer Rechtsquelle, abgestimmt auf die Erfordernisse des Betriebes.

---



## **Entlastungspaket für die Kommunen und Stadtwerke – jetzt**

Der SPD Stadtverband Schwerte bittet den Parteitag des Unterbezirks Unna folgenden Antrag zu beraten und beschließen:

Antrag: Der SPD Stadtverband Schwerte fordert den Unterbezirk auf, die SPD-Bundestagsfraktion zu beauftragen, innerhalb der Ampelkoalition ein viertes Entlastungspaket abzustimmen und im Bundestag zu beschließen. Hauptnutznießer des vierten Entlastungspaketes sollen die Städte und kommunalen Stadtwerke in der gesamten Bundesrepublik sein.

### **Begründung:**

Die anhaltende und erst langsam ausklingende Corona Pandemie hat die Kommunen und die kommunalen Haushalte vor besondere Herausforderungen gestellt und werden diese noch einige Dekaden belasten. Gleichzeitig sind durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine und dem daraus folgenden Sanktionen Russlands die Energiekosten drastisch gestiegen. Verstärkt wird das Problem durch eine sehr hohe Inflation in der gesamten Bundesrepublik oder die Kosten der Flüchtlingsunterbringung. Gleichzeitig schiebt die kommunale Familie einen Jahrzehnte alten Investitionsstau vor sich her. Um nach der Corona Pandemie gestärkt vorwärts zu schreiten müssen die kommunalen Haushalte einmalig durch ein Entlastungspaket finanziell saniert werden. Das Paket muss den aktuellen Herausforderungen der steigenden Energiepreise und dem hohen Altschuldenstand gleichermaßen begegnen.





## **SV in die Schulausschüsse – der Schülerschaft eine Stimme geben**

### **Antrag:**

Der Unterbezirksparteitag fordert die sozialdemokratischen Fraktionen im Kreistag sowie in den Städten und Gemeinden dazu auf, in ihren Vertretungen zu beantragen, Vertretungen der örtlichen Schülervertretungen (§ 74 VIII SchulG) als beratende Mitglieder gemäß § 85 II 4 SchulG in den jeweiligen kommunalen Schulausschuß zu berufen.

Die Fraktionen haben dem Unterbezirksvorstand über ihre Bemühungen bis zum 31. Juli 2023 schriftlichen Bericht zu erstatten.

### **Begründung:**

#### **I. Schülerinnen und Schüler besitzen kein Wahlrecht**

Für Entscheidungen oder Fragen, die maßgeblich den Schulalltag bestimmen, stehen dem Schulausschuß immer alle Schulleitungen beratend zur Seite. Sie erklären ihre Sichtweise und ihre Meinung zu bestimmten Fragestellungen. Uns muß allerdings klar sein, daß viele Fragen zwar durch die Schulleitungen schulorganisatorisch zu erklären sind, aber sich alles aktiv auf die Schülerschaft auswirkt. Somit wäre die Präsenz der Schülervertretung im Schulausschuß sicherlich eine Bereicherung. Zudem muß anerkannt werden, daß Schülerinnen und Schüler unter 16 kein Wahlrecht auf kommunaler Ebene in NRW besitzen. Eltern sind durch die Ratsfrauen und -herren vertreten und die Lehrkräfte durch die jeweilige Schulleitung. Nur den Schülerinnen und Schülern wird keine Stimme gegeben. Durch den Einbezug von Schülervertretungen in Schulausschüssen mit beratender Stimme erhalten diese die Chance ihre Perspektive auf schulpolitische Fragen ihrer Schule und somit ihre Sichtweise den Schulausschußmitgliedern darzulegen.

**Es wird Zeit, dies zu ändern!**

#### **II. Gesetzliche Aufgabe von Schülervertretungen**

Laut dem SV-Erlass des Landes NRW fördert und unterstützt die SV die Schülerinnen und Schüler in der Wahrnehmung ihrer Rechte. Sie ist eine Interessenvertretung, die nach dem Erziehungs- und Bildungsauftrages der Schule handelt und arbeitet. Dabei soll sie sportliche, kulturelle, politische und soziale Interessen der Schülerschaft vertreten. Die Mitwirkenden Schüler\*innen in der SV sollen dabei dazu befähigt werden, sich ein eigenständiges und selbstkritisches Urteil zu bilden, ihre Rechte und Pflichten im politischen und gesellschaftlichen Leben kennenzulernen und eigenverantwortlich zu handeln. Es ist klar, daß die Schülervertretungen im Kreis Unna diesen Aufgaben nicht mehr zu hundert Prozent nachkommen können. Gerade im politischen Bereich ist es ihnen nicht möglich, den mitwirkenden Schülerinnen und Schülern geeignetes Fachwissen und wichtige Erfahrungen zu vermitteln. Es wird Zeit die Schülervertretungen am politischen Leben teilnehmen zu lassen.

---

So werden den Schülervertretungen und ihren mitwirkenden Schülerinnen und Schülern wieder wichtige Kompetenzen im politischen und gesellschaftlichen Bereich zu geordnet.

### III. Keine Konkurrenz zu Schulleitungen

Die Berufung von Schülervertretungen in kommunale Schulausschüsse stellt keine Konkurrenz zu der Vertretung der Schulen durch die Schulleitungen dar. Vielmehr stellt die Neufassung des § 85 II SchulG vom 23. Februar 2022 klar, daß die Schülervertretung neben den Schulleitungen als Vertreter der Schulen in den Schulausschuß berufen werden kann. Selbst die damalige schwarz-gelbe Landesregierung hatte also erkannt, daß eine adäquate Interessenwahrnehmung der Schülerschaft durch die Schulleitungen allein nicht gewährleistet ist. Leider hat sie dabei versäumt, eine verpflichtende Vertretung der Schülervertretungen zu etablieren. Die Fraktionen von SPD und Grünen hatte dies in einem Entschließungsantrag erfolglos gefordert (s. Landtagsdrucksache (LT-Drs.) 17/16546, S. 2).

### IV. Schülerbeteiligung vor Ort

Schülervertretungen sind nur an weiterführenden Schulen eingerichtet, vgl. § 74 II 2 SchulG. Diese können nach § 74 VIII SchulG örtlich und überörtlich zusammenwirken. Personen, die auf diese Weise benannt worden sind, können als beratende Mitglieder des Schulausschusses berufen werden, § 85 II 4 SchulG. Unbeschadet davon besteht auch die Möglichkeit, Schülervertretungen als sachkundige Bürger oder Einwohner zu berufen (s. LT-Drs. 17/15911, S. 75). Die Entscheidung trifft weiterhin die zuständige Vertretung (Rat/Kreistag).

Für das Gebiet des Kreises besteht die Bezirksschülervertretung (BSV), die sich erst im Jahre 2021 neu gegründet hat. Diese könnte als Interessenvertretung von etwa 36 000 Schülerinnen und Schülern unabhängig von der Schulträgerschaft eine Vertretung in den **Schulausschuß des Kreistages** entsenden, sodaß erstens alle Schülerinnen und Schüler auf Kreisebene vertreten sind, zweitens auch die Schülerschaft an Privatschulen politisches Gehör findet. Ferner wäre ein weiterer Platz für die **Schülervertretungen in Trägerschaft des Kreises** (Förderschulen mit Sekundarstufe und Berufskollegs) denkbar. Auch hier käme eine Benennung durch die BSV in Betracht, die sich in ihrem Vorschlag auf Schülerinnen und Schüler vorgenannter Schulen beschränken könnte.

In den Städten und Gemeinden könnte je nach örtlicher Begebenheit jeder Schülervertretung eine Vertretung zugebilligt werden, was vor allem in Kommunen mit bis zu drei weiterführenden städtischen/gemeindlichen Schulen (**Fröndenberg/Ruhr, Selm, Werne, Bönen, Holzwickede**) die Arbeitsweise des Gremiums nicht beeinträchtigen dürfte (Variante 1). In **Lünen und Unna**, die über neun bzw. sechs Schulen in städtischer Trägerschaft verfügen, wäre eine Einigung unter den betroffenen Schülervertretungen wohl unvermeidlich. Hier sollten sich die Stadtverwaltungen als Förderer verstehen und erforderlichenfalls die Initiative zu Gesprächen zwischen den Schülervertretungen ergreifen (Variante 2). Die übrigen Städte **Bergkamen, Kamen und Schwerte** verfügen über jeweils vier städtische weiterführende Schulen. Hier wären beide Varianten denkbar, wobei die Vertretung einer jeden Schülervertretung prinzipiell zu bevorzugen wäre.

---



1 Der AsF Schwerte bittet den Unterbezirksparteitag folgenden Antrag in die Beratungen auf-  
2 zunehmen und zu beschließen.

3  
4 Die SPD im Kreis Unna fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass  
5 es in allen Regionen des Landes NRW eine ausreichende Anzahl von Frauenarztpraxen gibt,  
6 die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Dazu bedarf es einer Anfrage im Landtag, wie  
7 die Verteilung mit solchen Praxen im Moment aussieht und wie hoch der Bedarf ist ange-  
8 sichts der vorhandenen Zahlen zu Abbrüchen in der Vergangenheit in den verschiedenen  
9 Regionen des Landes.

10  
11 **Begründung:**

12 Die Bundesregierung hat in diesem Jahr den § 219a reformiert, so dass gynäkologische Pra-  
13 xen über Schwangerschaftsabbrüche informieren dürfen, ohne sich strafbar zu machen.  
14 Durch eine Anfrage im entsprechenden Ausschuss im Kreis Unna hat sich herausgestellt,  
15 dass es für den Kreis Unna nicht eine entsprechende gynäkologische Praxis gibt und für  
16 das gesamte Ruhrgebiet nur 10.

17  
18 Hier ist Handlungsbedarf. Der entsprechende Bedarfsplan wird den zuständigen Landesbe-  
19 hörden zur Stellungnahme und einer etwaigen Beanstandung vorgelegt. Außerdem kann  
20 ein 90aGremium gegründet werden, das zum Bedarfsplan Stellung nimmt.



## **Kommunalpolitik ist Ehrenamt – Transparenzoffensive jetzt!**

### **Antrag:**

Wir fordern eine Transparenzoffensive von unserer Kreistagsfraktion. Dazu gehört:

- Die Offenlegung der monatlichen Aufwandsentschädigung.
- Die Offenlegung von Mitgliedschaften und damit verbundenen Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern in Aufsichtsräten, Gesellschaften und weiteren kommunalen Gremien.

Gemeint sind alle Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder oder sonstige Einkünfte, die über das Kreistagsmandat erzielt werden.

Die entsprechenden Daten sind von allen Mitgliedern der Kreistagsfraktion offenzulegen und bis Ende des Jahres an prominenter Stelle auf der Homepage (SPD-Kreistagsfraktion ([spd-kreistag-unna.de](http://spd-kreistag-unna.de))) unserer Kreistagsfraktion zugänglich zu machen.

### **Begründung:**

Ende 2021 hat uns und die Bürger\*innen im Kreis Unna die „Abrechnungsaffäre“ im Kreistag geschockt. Kommunalpolitiker\*innen verschiedener Couleur haben horrenden Summen als Verdienstaufschläge geltend gemacht und somit das Vertrauen der Bürger\*innen ins Wanken gebracht. Gerade in Zeiten, in denen staatliche Institutionen einen Vertrauensrückgang zu verzeichnen haben, sorgen solche Vorgänge für einen weiteren Vertrauensverlust und Politikverdrossenheit.

Unsere Kreistagsfraktion hat mit Transparenz und Offenheit auf die Eskapaden der politischen Mitstreiter\*innen reagiert und Aufklärung von allen Beteiligten gefordert. Mit diesem Antrag möchten wir diese Transparenz weiter fördern und mit einer Transparenzoffensive allen möglichen Zweifeln von Bürger\*innen entgegenreten. Ähnlich wie es bereits bei unseren Landtags- und Bundestagsabgeordneten der Fall ist.

Mit diesem Schritt können wir nochmal deutlich machen, dass für uns Kommunalpolitik Ehrenamt ist und wir uns nicht daran bereichern. Außerdem setzen wir damit Maßstäbe für andere Parteien, ihre Transparenzstandards ebenfalls zu erhöhen. Lasst uns mit diesem mutigen Schritt das Vertrauen der Bürger\*innen im Kreis Unna in Kommunalpolitik stärken.

---



1 Der SPD OV Schwerte-Süd bittet den Unterbezirksparteitag folgenden Antrag in die Bera-  
2 tungen aufzunehmen und zu beschließen.

3  
4 Die SPD OV Schwerte Süd fordert den Unterbezirk auf, die SPD-Landtagsfraktion zu beauf-  
5 tragen, einen Antrag im Landtag einzubringen, bei dem gesetzlich geregelt wird, dass die  
6 Bürger\*innen sowie Gemeinden bei der Schaffung von Windenergieanlagen grundsätzlich  
7 zu 30 % beteiligt werden, entweder durch den Erwerb von Gesellschaftsanteilen oder durch  
8 den Erwerb von Sparprodukten.

9  
10 **Begründung:**

11  
12 Im März 2022 hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt, dass ein Gesetz über die Beteili-  
13 gung von Bürger\*innen sowie Gemeinden an Windparks wie es in Mecklenburg-Vorpom-  
14 mern gilt, mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Durch dieses Gesetz soll die Akzeptanz für  
15 neue Windenergieanlagen verbessert werden und so der weitere Ausbau der Windenergie  
16 an Land gefördert werden. Die damit verfolgten Gemeinwohlziele des Klimaschutzes, des  
17 Schutzes von Grundrechten vor Beeinträchtigungen durch den Klimawandel und der Siche-  
18 rung der Stromversorgung sind hinreichend gewichtig, um den mit der Beteiligungspflicht  
19 verbundenen schwerwiegenden Eingriff in die Berufsfreiheit der Vorhabenträger rechtfer-  
20 tigen zu können.

---



1 Die AsF Schwerte fordert den Unterbezirksparteitag auf, folgenden Antrag zu beraten und  
2 zu beschließen:

3  
4 Die SPD im Kreis Unna fordert die SPD im Land und im Bund auf, sich den Forderungen der  
5 Verbraucherzentrale NRW angesichts der stark steigenden Energiepreise anzuschließen.  
6 Daher fordert die AsF Schwerte zum Schutz von Alleinerziehenden und Rentnerinnen zur  
7 Konkretisierung der Angemessenheitsprüfung in der Strom- und Gas- Grundversorgungs-  
8 verordnung und dem Energiewirtschaftsgesetz konkretere, nicht abschließende Regelbei-  
9 spiele zu schaffen, durch die Versorgern Strom- und Gassperren mindestens untersagt  
10 sind:

11  
12 - in jedem Fall während der Dauer der ausgerufenen Krisenstufen des Notfallplans Gas,

13  
14 - während der Heizperiode,

15  
16 - bei minderjährigen Kindern im Haushalt,

17  
18 - bei Schwangeren im Haushalt,

19  
20 - bei Kranken, die auf elektrische Hilfsmittel angewiesen sind, Schwerbehinderten und Pfl-  
21 egebedürftigen.

22  
23 Zur Vermeidung von Energiesperren sind weitere Maßnahmen erforderlich:

24  
25 - ein Rechtsanspruch auf darlehensweise Übernahme von Strom- und Heizungsschulden  
26 durch Jobcenter oder Sozialamt für von Energiesperren bedrohte Menschen unabhängig  
27 vom Leistungsbezug

28  
29 - die Verpflichtung der Energieversorger von Sperren abzusehen, wenn laufende Abschläge  
30 vollständig gezahlt werden und eine tragfähige Lösung für die Regulierung des Zahlungs-  
31 rückstands gefunden wurde. Dabei soll auch die Zahlung von Kleinstraten möglich sein.

32  
33 - Härtefallfonds für Verbraucherinnen mit geringem Einkommen, die aufgrund von Krank-  
34 heit, Schwerbehinderung oder sonstigen schwerwiegenden Notlagen in einer Ausnahmesit-  
35 uation sind.

36  
37 Darüber hinaus fordert die AsF weitere Maßnahmen zur Entlastung einkommensarmer  
38 Haushalte durch die Unterstützung von Geringverdienerinnen-Haushalten, Rentnerinnen  
39 und vergleichbaren Personengruppen, die knapp oberhalb der Einkommensgrenzen für  
40 den Bezug von Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II („Hartz IV“), Grundsicherung oder  
41 Wohngeld liegen. Es gilt zu verhindern, dass sie aufgrund der extrem gestiegenen Energie-  
42 preise in den Sozialleistungsbezug abrutschen.